

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Dertter, Göttingen-Zürich
Rathhofstrasse 1.
Verkauftungen
franco gegen franco
Gemeinnützige Briefe
nach der Schweiz kosten
Zusatzporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 31.

Donnerstag, 28. Juli.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
Vorwärts zahlbar.
Preisjahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Anzahlsch.)
Fr. 3. — für Teutoburg (Anzahlsch.)
Fr. 1. 70 für Österreich (Anzahlsch.)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Anzahlsch.).

Inserate

Die dreizehnpennige Zeile
25 Cts. — 30 Pfg.

1881.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertrieben ist, besorgt man sich, dass die Postämter
bekommen, um alle Briefe, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglich zu machen, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äusserste Vorsicht im Versenden notwendig und
dies ist eine Vorsichtsmaßregel, die Briefmarken über den äußeren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu tilgen, und letztere dadurch zu sichern. Quersendungen ist dies einseitig, dass unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige
Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sie dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, dass
auch uns möglichst unterfängliche Zusendungen mitgeteilt werden. In gewissen Fällen empfiehlt sich jedoch größere
Sicherheit Kommandirung. Soweit an uns liegt, werden wir auch jeder Hilfe nach besten Können, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Zur Beachtung.

Unter dem Aufdruck in Nr. 28 des „Sozialdemokrat“ ist als
Adresse für Unterstützungsbeträge zu Gunsten der Familien der
Ausgewiesenen auch die des Herrn Emil Pankofen in Mill-
weida aufgeführt worden. Es geschah das auf Grund eines
bedauerlichen Missverständnisses, die Adresse ist vielmehr nicht
in den Händen, da sämtliche an den Genannten adressierte Briefe
von der Staatsanwaltschaft mit Beschlagnahme belegt und geöffnet
worden.

Die moderne Gesellschaft auf der Anklagebank.

Wien, 19. Juli.

Eine hochmüthige Phryne — die moderne Gesellschaft an-
geklagt der Mordlust und der Lüsternheit nach Menschenblut; ihr
Verteidiger, und zwar nicht bloß von Amtswegen, sondern aus
vollem Herzen, der edle Graf Lamezan; der Ankläger ein einfacher,
schlichter, fleißiger Arbeiter, ein sorgsamer Gatte und liebevoller
Vater: das war das Bild, das sich uns gestern im Schwur-
gerichtssaale darbot.

Dem blöden Auge des Philisters erschien freilich dieß Bild
ganz verkehrt: er sah in dem Ankläger den Angeklagten, in dem
Verteidiger der Verbrecherin den Anwalt der „höheren Gerechtig-
keit“, und die juristischen Formen gaben allerdings dem Philister
Recht.

Vor den Geschworenen stand der Jäger Hietler, angeklagt,
seinen „Erb-herren“, den Baron und mehrfachen Millionär
Sothen, also einen sehr ehrenwerthen Mann, menschengleich
ermordet zu haben.

Hietler war sieben Jahre lang im Dienste des Barons, mit
der kärglichen Bezahlung von 31 Gulden monatlich. Sothen
selbst, so zänkisch und „sektant“, wie der Wiener sagt, er auch
war, konnte nichts an ihm aussetzen als einen Fehler, der in
den Augen des frommen Millionärs freilich ein unverzeihliches
Verbrechen war: er war zu anständig.

Er war nicht streng genug gegen die armen Leute, die in den
riesigen Waldungen des reichen Barons Reifig sammelten; er
war nicht streng genug gegen die Holzfäller, die er nach der
Meinung Sothens mehr zur Arbeit hätte antreiben sollen: und
endlich machte sich dieser fürchterliche Hietler auch noch des Ver-
brechens des Ungehorsams schuldig, denn obgleich ihm der
Baron wiederholt sagte, er könne seine Kinder nicht leiden, ob-
gleich die Baronin ihn wiederholt aufforderte, seine „Konkubine“
„sitzen“ zu lassen und seine Kinder zu verschenken: er führte
seinen unfittlichen Lebenswandel fort, und hielt fest an der
Mutter seiner Kinder, obgleich kein Pfaff sie mit einander ver-
bunden hatte.

Dem frommen Millionär, der täglich so und so viele Stunden
beute und fährlich so und so viele Tausend Gulden als Peters-
pfennig nach Rom schickte, war das ein Gräuelt: Hietler wurde
entlassen, mit Weib und Kind aufs Pflaster gesetzt, das heißt
unter den heutigen Verhältnissen dem Hungertode preis-
gegeben.

Der „gnädige Dienstherr“ bewilligte allerdings Hietler einige
Tage Urlaub, sich einen andern Posten zu suchen, wofür ihm
eine entsprechende Summe vom Lohn abgezogen
wurde, aber Hietler fand nichts.

Was sollte er thun? „Erspartes“ hatte er nicht, denn was
sich sparen ließ, das hatte der Millionär für sich gespart,
da Hietlers Gehalt nur zur Bestreitung der äußersten Nothdurft
hinreichte — so schien ihm nichts übrig zu bleiben, als sich und
seine Familie umzubringen: ein heute sehr gewöhnlicher Fall.
Herr von Sothen hätte das sehr vernünftig gefunden, die gute
Gesellschaft mitleidig die Achseln gezuckt, und die Sache wäre
vorübergegangen.

Aber so tief war Hietler nicht gesunken, daß er sich feig ins
Unabänderliche gefügt hätte. Noch lebte in ihm ein Funken des
kräftigen Trostes unserer Ahnen, und da ihm Gerechtigkeit nir-
gends wurde, da erweckte die Verzweiflung in diesem guten, be-
mühtigen Menschen den Gedanken der Selbsthilfe und er mor-
dete den Mörder seiner Kinder.

Er konnte sich nicht anders helfen, meinte er. Damit ist
alles gesagt.

Allgemeines Entsetzen in den Reihen der oberen Zehntausend,
gemischte Gefühle von Mitleid und Tadel im „Mittelstand“, un-
begrenzter Jubel in den Reihen des Volkes, das Hietler's
That nicht nur entschuldigte, sondern billigte und pries. Samm-
lungen wurden für die Familie des Verbrechers veranstaltet,
indem eine „entmenschte Rote“, wie Graf Lamezan sich auszu-
drücken beliebte, auf dem Grabe des erschossenen frommen
Bucherers ihre Freudentänze aufführte.

Das Volk hat damit sein Urtheil gesprochen. Es hat er-
klärt, daß Hietler recht gehandelt habe, daß er nicht anders
handeln konnte. Es hat erklärt, daß unter der anarchischen
Herrschaft des laissez faire, laissez aller der Proletariat dem
Fausrecht des Kapitals gegenüber keine andere Waffe
besitze, als das Fausrecht der brutalen Gewalt.
Und damit, daß es die Empörung gegen das Individuum
Sothen feierte, feierte es die Empörung gegen die Gesell-
schaft, deren hervorragendes Mitglied er war, und insofern sind
die Tänze um das Grab Sothens ein eben so bedeutames
Symptom als die Tänze um das Grab Ludwig XV., welche
das Raufen der französischen Revolution verkündeten.

Wie viel Grimm, wie viel Haß, wie viel Verzweiflung muß
im Herzen des Volkes angesammelt sein, wenn es die natürliche
Scheu vor dem Tode überwindend, die Ermordung seines Pei-
nigers feiert!

Angesichts des Urtheils des Volkes bot das Urtheil der
Bourgeoisgeschworenen nur mehr das Interesse, das der
Person des Angeklagten galt.

Und doch war auch die juristische Schlussverhandlung inter-
essant, indem sie den Vertretern der modernen Gesellschaft vollauf
Gelegenheit gab, sich in ihrer ganzen Niedertracht zu zeigen,
ihren ganzen Uebermuth, ihre ganze Grausamkeit dem
unglücklichen Angeklagten gegenüber an den Tag zu legen, den
diese „sein“ gebildeten Herrn mit Hohn überschütteten!

Der Herr Vorsitzende fragte Hietler, wie so er in Verzweiflung
gerathen sei, als er auf's Pflaster geworfen wurde. Er sei ja
gesund und könne arbeiten!

Man weiß nicht, was man bei diesem Ausspruch mehr be-
wundern soll, seine Dummheit oder seine Unverschämtheit.

Noch dümmere und unverschämtere aber geberdete sich „unser“
Lamezan, der sich mit Wollust an den Qualen des Angeklagten
weidete.

Er begann seine Schlussrede damit, daß er unter phari-
saischem Augenverdrehen bedauerte, daß für die Kinder des
Verbrechers gesammelt worden sei — natürlich mit dem jesuitischen
Zusatz: es gebe ja so viele Kinder christlicher Leute, die ver-
hungerten! Ein anmuthiges Geständniß, Herr Gesellschafts-
retter.

Die Anklagerede gestaltete sich zu einer förmlichen Apologie
des alten Sünders Sothen, dessen „Freude am Mammon“
mit solcher Theilnahme und solchem Verständnis erklärt wurde,
daß man deutlich sah, wie hier ein Schurke den andern ver-
theidigte.

Für jeden anständigen Menschen war natürlich gerade diese
Verteidigung Sothens eine Anklage des „würdigen“ Mannes.
Lamezan fand die Stellung Hietler's durchaus nicht schlecht, da
sich, seitdem dieser den Posten verlassen, bereits eine Anzahl Ver-
werber gemeldet!

Thatsache ist, daß die Stelle schon wieder beiecht ist, und
zwar hat die Frau Baronin aus dem Morde ihres Gatten die
gute Lehre gezogen, daß sie dem jetzigen Jäger monatlich um
einen Gulden weniger zahlt!

Außer seinem Gehalte, meinte unser Graf, habe Hietler noch
die Unterstützung seiner Geliebten, der Pächtinger, gehabt, welche
für das Ruhmessen eine Zulage von fünf Kreuzern (zehn Pen-
nige) täglich erhielt. Für diese Riesensumme hatte
sie zwanzig Rube täglich dreimal zu melken.

Dem Herrn Baron arbeitete aber diese Frau um fünf Kreuzer
täglich immer noch zu wenig. „Sie sind ein faules Luder“, sagte
einmal das Ideal des Grafen Lamezan, „Sie sollte man durch-
prügeln“. Das sagte derselbe Mann, dessen ganze Beschäftig-
ung tagsüber bloß im Beten, Essen und Huren bestand.

Ebenso zart, wie der Baron, drückte sich die Baronin des
öfters aus. Die Pächtinger hatte das Futter für die Jagdhunde
im Schlosse abzuholen. Der Frau Baronin erschien einmal die
Portion zu groß und unwirthlich sagte sie: „mir scheint, Ihr
freßt da selber mit“.

Welche herrliche Ergänzung des geflügelten Wortes von der
Hundesperre.

Allen diesen Zartheiten setzte aber der Graf Lamezan die Krone
auf durch seine stillschweigende Frage an Hietler: „Warum
haben Sie sich denn nicht von Ihrer Geliebten getrennt,“ worauf
der Angeklagte dem Herrn Grafen ganz einfach erwiderte: „Weil
ich vier Kinder mit ihr hab.“

Wie charaktervoll, wie edel steht dieser „Mörder“ den Lame-
zans und Sothen gegenüber! Jedes Wort, das man an
ihn richtet, ist eine Verurtheilung des Redenden, jedes
Wort, das er spricht, ist eine Anklage gegen die Gesell-
schaft.

Die Bourgeoisgeschworenen thaten natürlich ihre Bourgeois-
pflicht: sie erkannten Hietler des Meuchelmordes für schuldig und
überlieferten ihn dem Henker.

Wer keine Arbeit findet und nicht gewillt ist, Weib und Kind
ruhig verhungern zu lassen, oder Hand an sie zu legen, wird
von Staatswegen aufgehängt. Der Strick, das ist die
Staatshilfe für das hungernde Volk!

Die Herren Geschworenen und ihre Spießgesellen irren sich
jedoch, wenn sie glauben, durch diese Verurtheilung weiteren
Alten der „Selbsthilfe“ — allerdings nicht der à la Schulze-
Delitsch — vorgebeugt zu haben. Das Attentat Hietler's liegt
ebenso in den Verhältnissen tief begründet, wie die nihilistischen
Attentate, und so wie diese wird es sich wiederholen und
immer häufiger wiederholen, bis die Ursachen derselben
beseitigt sind.

Daran aber denken unsere Gesellschaftsretter nicht. In der
allgemeinen Sympathie für den „Mörder“ erblicken sie nicht ein
gefährliches Symptom, sondern bloß einen „krankhaften Zug“ der
Neuzeit. Sie sehen nicht, daß das Volk, das für Hietler ein-
tritt, auch wie dieser denkt und, wenn die Gelegenheit kommt,
auch wie dieser handeln wird. In ihrem frevelhaften
Uebermuth verschmähen sie es, die naturnothwendigen Folgen
der kapitalistischen Produktionsweise durch ihr persönliches Ein-
greifen, wo nur möglich, zu lindern und das Volk in ihrem
eigenen Interesse zu beruhigen. Rein. Gleich der Aristokratie
des 18. Jahrhunderts wird die Bourgeoisie von Tag zu Tag
blinder, von Tag zu Tag grausamer, blutdürstiger, nieder-
trächtiger.

Mit wahren Feuereifer arbeitet sie daran, die naturnothwen-
digen Mißstände der kapitalistischen Produktionsweise über ihr
natürliches Maß hinaus vermöge ihrer Bosheit, ihres
Uebermuthes, ihrer Fribolität zu steigern. Jeden Tag vernichtet
sie neue Existenzen, jeden Tag wirft sie mehr Familienväter auf's
Pflaster und hinterläßt in der Brust eines Jeden den Durst nach
Rache.

Die moderne Gesellschaft altert, aber sie will jung bleiben,
diese Phryne, jung um jeden Preis, und darum badet sie tag-
täglich ihren welken Leib im Blute und den Thränen der Armen.
Aber es kommt der Tag, an dem dieser See von Blut und
Thränen aus seinen Ufern treten und das Schesal der modernen
Gesellschaft ersäufen wird! Kommt diese Sinfult, dann wer-
den alle diejenigen, die das Volk jetzt mißhandeln
und höhnen, die es heute peinigten und zollweise
tödteten, sie werden von ihm das Mitleid erlitten,
das sie selbst nie für das Volk gehabt.

Dann wird's zu spät sein. B. J.

„Es fehlt uns an Intelligenzen.“

I.

Diesen Einwand kann man ziemlich häufig hören, wenn von den Aus-
sichten des Sozialismus in der nächsten Zukunft die Rede ist. Es fehlt
uns noch, meinen Viele, an den nöthigen Intelligenzen, um das sozialistische
Prinzip in Staat und Gesellschaft durchzuführen zu können.

Ist dieser Einwand begründet?
Wir verneinen diese Frage und wollen in Nachfolgendem aus-
führen, warum wir sie verneinen.

Der Sozialismus, wie wir ihn auffassen, besteht darin, daß an Stelle
der heutigen planlosen, anarchischen Produktionsweise die planvolle, gesell-
schaftlich geregelte, an die Stelle der heutigen Ausbeutung des beschloßenen
Proletariats durch den Kapitalisten, die volle, höchstmögliche Entschädigung
jedem für die Gesellschaft nützliche Arbeit verrichtenden Individuum tritt
bei selbstverständlicher Fürsorge der Gesellschaft für die Leistungsunfähigen.
Durch Ersteres werden Ueberproduktion, Krisen, Vergeudung und Bruch-
liegen menschlicher Arbeitskraft, durch das Zweite Masseneind und Einzel-
reichthum, zweckwidrige Produktion u. dergleichen beseitigt. Alle übrigen Forderungen
der Sozialdemokratie sind entweder nur Mittel zur Erreichung dieses
Ziels, Palliative, um die Arbeiter vorläufig widerstandsfähig zu erhalten,
oder stehen zu ihm im abgeleiteten Verhältnis. Die Basis, das Wesent-
liche des Sozialismus ist die U m w a n d l u n g d e r P r o d u k t i o n s -
w e i s e, denn selbst die bessere Verteilung der Produkte hängt von ihr
ab und wird durch sie bestimmt, nicht umgekehrt, wie Manche meinen.

Diese Umwandlung der Produktionsweise wird natürlich nur dann
Ausführbar sein, wenn der bisherige Zustand unendlich, ein
der Weiterentwicklung der Gesellschaft feindsüchtig geworden ist, und wenn
andererseits die Kadres für die Neuorganisation der Gesellschaft bereits
vorhanden sind. Von der kleinbürgerlichen Produktionsweise unmittelbar
in die sozialistisch-kommunistische hinüberspringen zu wollen, ist ein Unling,
der Widerstand der Kleingewerbetreibenden würde ein zu großer, der
Eifer der Arbeiter ein zu geringer sein. Es würde an der nöthigen
Anzahl Sozialisten und — an den erforderlichen Intelligenzen fehlen.

Ganz anders heute, wo die kleinbürgerliche Produktion bereits durch
die kapitalistische Großproduktion verdrängt ist, und nur noch neben ihr
ein höchst präkaries Dasein fristet. Wo sogar der letzteren die Wunde,
welche ihr durch ihre individualistische Leitung gezogen sind, zu eng
werden, wo selbst die großkapitalistische Gesellschaft der ungeheuren
Erpanthekast der Produktivität der Arbeitsmittel nicht mehr Herr wird,
wo die Expropriation durch neue Erfindungen, durch immer großartigere
industrielle Anlagen nicht von der Tagesordnung verschwindet, wo
„allgemeine Unfähigkeit“ die Signatur der Zeit bildet. Heute ist der
Widerstand gegen den Uebergang zur höheren Produktion nur noch ein
sehr geringer, beruht bei der Masse mehr auf dem Vorurtheil als
auf dem Interesse, während der Widerstand gegen das Bestehende mit
jedem Tage wächst, immer größere Kreise erfasst. Der moderne Kapi-
talismus organisiert bereits die Heere, die ihm eines Tages den
Garaus machen werden, in seinen Zentren zieht er die Kadres der
Revolution zusammen, sprengt sie jenseits, um sie an anderen Orten in
noch größerer Anzahl aufs Neue zusammen zu führen. So sehen wir

Ihr denen den Willen lehr und energisch dagegen auftritt. Es ist strenger Befehl, wenn Ihr mit den Leuten zusammen kommt und sie Euch Flugchriften geben wollen, sie sofort zu verhaften." —

Herner ist von jedem Hauptmann den Mannschaften ein Schriftstück vorgelegt worden, welches jeder bei seiner Batterie vom Feldwebel abwärts hat unterschreiben müssen.

Dasselbe lautet inhaltlich:

„Das ich ausdrücklich über sozialdemokratische Schriften namentlich vom Batterieführer befehlet worden bin, und dieselben, falls ich solche finde oder zugehört habe, ungelesen (!) an den Batterieführer abzuliefern habe, unterzeichnet mit Namensunterschrift.“

NB. Dragoner-Rittmeister Degenfeld hat 20 Kart für den ausgelegt, welcher den Verbreiter von Flugchriften erwischt.

Soweit die zwei Schriftstücke, welche uns, nach der Form der Abfassung und der Art der Zuspendung zu schließen, aus der Kaserne selbst zugeschickt wurden. Wir veröffentlichen sie in der Originalform, weil sie einen drastischen Beitrag zu dem Wille liefern, welches das nach Außen so glänzend schillernde Deutschland in Wahrheit bietet.

Ungelesen abliefern, das ist der Grundbesitz der „väterlichen“ Ermahnungen, „ungelesen oder das Donnerwetter soll Euch holen!“ Woran die Soldaten merken sollen, ob sie sozialistische Flugchriften oder mords- und bettel-patriotische Traktate in der Hand haben, das klammert so ein geniales Drillgenie nicht.

Ungelesen abliefern, diese Furcht vor dem Lesen, ist sie nicht charakteristisch für den Kulturzustand des preussisch-deutschen Kaiserreiches im Jahre des Heils Eintausend achtundachtzig?

Ungelesen abliefern, wozu man überhaupt noch den Leuten noch das Lesen beibringt! Wäre es nicht gut, auch in dieser Beziehung „bis tief ins Mittelalter“ zurückzugehen, wie die neueste Parole der Bismärker lautet?!

Ungelesen abliefern, dieses Wort sollte man an alle Grenzplätze schreiben, die nach Deutschland führen!

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 27. Juli 1881.

Der schamlose Vorkriegsbetrug, den Bismarck und seine Horde von Deutsch-Neu- und Freikonserwativen, von Antisemiten und Christlichsozialen und Ähnlichem Gekochter gegen das deutsche Volk planen, und wobei sie sich nach Taschenrechnerart öffentlich bekämpfen, während sie sich heimlich in die Hände arbeiten, der schamlose Vorkriegsbetrug, sagen wir, tritt nirgends so klar zu Tage als bei dem Getreide- und Lebensmittelzöllen. Nachdem das elende Geschwätz von dem Auslande, das den Zoll bezahle, nicht mehr verhängt wird — und ganz besonders von den Herren Antisemiten — die Parole ausgegeben, der Zoll sei ja lächerlich gering im Verhältnis zu dem Gewinne, den die Spekulation — natürlich die jüdische — am Getreidehandel mache, und wodurch das Getreide viel mehr verteuert werde als durch die Zölle.

Dieses Vorkriegsbetrug über die Verteuern der Preise durch den Zwischenhandel ist nur ein schwacher Abklatsch aus den Schriften der älteren Sozialisten, nur mühten sich diese ernsthaft ab, das Uebel zu beseitigen, während die sozialistische Weisheit Bismarcks und seiner Trabanten darin besteht, Alles hübsch beim Alten zu lassen aber doch Wichtigtuerei zu schimpfen, um sich bei der Gelegenheit auch einen Antheil am Raube zu sichern. Die Herren Landwirthe sind viel zu eng mit der Börse verschweisert — fast kein Antimann, und vor Allem, kein Großgrundbesitzer, der nicht in Getreide, in Spiritus oder Rüddl „macht“ — um diesem „Gistbann“ erkrankt zu sein zu gehen: die Herren haben vor der Verstaatlichung des Getreidehandels fast noch größere Absichten als die Getreidejuden selbst. Und daß die Zölle die Spekulation einschneiden, wenn wollen die Herren das heute noch weismachen, wo trotz oder gerade wegen der Zölle die Spekulation mehr blüht als zuvor!!

Nun geht aus den amtlichen Berichten aus dem Munde der Saaten mit Erdboden hervor, daß die diesmalige Ernte in Preußen weit unter einer Mittelernte ausfallen wird, die „Wirtschaftspolitische Korrespondenz“ rechnet bei sehr mäßigen Zahlen auf Grund der amtlichen Erhebungen heraus, daß Deutschland diesmal 48,000,000 Zentner Roggen und 3,500,000 Zentner Weizen wiewohl vom Auslande beziehen müssen. Abgesehen also von der Verteuern, die durch diesen Ernteausschlag an und für sich eintreten wird, wird das deutsche Volk an direkten Getreidezöllen allein 2,500,000 Mark zu bezahlen haben. Die Verteuern des Brodes durch den Getreidezoll aber wird eine dreierlei sein, daß eine Familie von nur vier Köpfen bei dem nur mäßigen Verbrauch von 1,4 Kilogramm Brod per Tag eine Steuer von jährlich 6,12 Mark wird zu zahlen haben, das heißt nur, was den direkten Brodkonsum anbetrifft.

Wer uns nun aber weismachen will, daß von der Erhöhung der Getreidepreise wenigstens die ländlichen Arbeiter Vortheil haben werden, den weisen wir auf die Erhebungen des wohlgeleiteten, sozialistenfeindlichen Fabrikantenvereines Konfordia hin, in denen ausdrücklich ein Fall der Wochen- und Tageslöhne der Garten- und Feldarbeiter seit dem 1. April 1880 — also gerade in der Zeit, in welcher die jüngsten Getreidezölle seitlich in Geltung waren und in der Zeit abnorm hoher Getreidepreise — konstatirt wird.

Wer also hat die Zölle, wer die Preisserhöhungen eingeleitet? Bismarck, d. h. der Militarismus und seine Kumpans, die Junker vom Lande und die Junker von der Börse. Und wenn sie, um sich populär zu machen, noch so sehr auf einander schimpfen,

o Volk, erkenne, daß du es bist, das immerfort betrogen ist, — und schick

— Alle Beide, mit Schimpf und Schande heim!

In Berlin stand am 10. Juni eine bekannte Persönlichkeit, der Privatdozent der Physik Dr. phil. Saeblich, vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts, unter der Anklage, mit Kindern Nothnachte begangen zu haben. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch festgestellt, daß Saeblich bereits im Jahre 1870 wegen eines ähnlichen Verbrechens in eine Untersuchung verwickelt gewesen war. Die Verhandlung stellte die Schuld des Angeklagten außer Zweifel und wurde derselbe zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Trotzdem wurde Saeblich auf freiem Fuß gelassen und wird jetzt von der Behörde behufs Eintritt seiner Strafe, jedoch vergeblich gesucht!

Während jede Woche Tausende von rechtschaffenen Arbeitern in Deutschland ihrer Familie entzogen und wegen Fingerringbuchs monatelang in Untersuchungshaft gehalten und dadurch in ihrer Existenz ruiniert werden, weil sie vielleicht Sammlungen für die Familien ihrer ausgewiesenen Bekannungsgeossen vorgenommen haben oder verdohnte sozialistische Schriften in ihrer Wohnung gefunden worden sind, wofür sie im schlimmsten Fall zu einigen Wochen Gefängnis verurtheilt werden können, in den meisten Fällen aber freigesprochen werden müssen, läßt die Behörde einen wegen der gemeinen barbarischen Verbrechen in Zuchthaus verurtheilten Wüßling nach der Verurtheilung unbehelligt herumlaufen und gibt ihm damit selbst die beste Gelegenheit, sich der wohlverdienten Strafe zu entziehen.

Es ist ein prächtiges Ding, die Justiz des deutschen Reiches!

Ein Verbrecher, mit welcher Unverschämtheit die Bismarck-

Büttamer'schen Agenten das Volk schwindeln. Der „Bettel-patriot“ schreibt über die Begier des Tabakmonopols:

„Am meisten verdächtig ist die Herren, daß der unbemittelte Mann etwas billiger zu seinem Tabak kommt, und daß der Bemittelte dies tragen soll. Nur nichts für das Volk! Das können die Liberalen nicht vertragen.“

„Weiter kann die konservative Verlogenheit wohl nicht getrieben werden“ schreibt dazu die demokr. Korr. „Die Wahrheit ist, daß in Frankreich, dem man es bezüglich des Tabakmonopols nachmachen will, gerade der unbemittelte Mann fast die ganze Last des Tabakmonopols zu tragen hat. Der Zuschlag zu dem Kostenpreise, welchen die Regierung erhebt, beträgt in Frankreich bei dem ordinären Rauchtobak 600 Prozent, dagegen bei der feinen Havannajugare nur 25 Prozent. In Folge davon kostet in Frankreich ein Pfund gewöhnlichen Rauchtobak, das man in Deutschland für 1 Mk. kauft, 5 Mk. (das Kilogramm 12¹/₂ Fr.), also gerade das Fünffache. Dagegen kostet eine importirte Havannajugare, welche man in Deutschland mit 50 Pf. bezahlt, nur 60 Ct., das ist 48 Pf., also noch zwei Pf. weniger als bei uns. Mit anderen Worten, der unbemittelte Mann raucht in Frankreich fünfmal so teuer als in Deutschland, der reiche Mann sogar noch etwas billiger als in Deutschland. Das sind die Vortheile des vielgepriesenen Tabakmonopols für den Unbemittelten. Darum mögen die Wähler jedem Reichstagskandidaten ganz besonders scharf auf die Finger sehen, um zu erfahren, wie er zu der Frage des Tabakmonopols steht.“

Stimmt; mögen aber auch sehen, wie er zur Tabaksteuer steht, und zum ganzen System, das heute darauf angewiesen ist, daß der Tabak und verschiedenes andere noch mehr „blutet.“

Der „Bettel-patriot“ bringt in seiner Nr. 3 eine zürstame Historie, welche die Arbeiter vor den bösen Aufwieglern und Demagogen warnen soll. Wenn das Jammerding noch weniger plump wäre, so würde der Liebe Müß' dieksam doch unsofort sein, die Arbeiter wissen zu gut, vor welcher „Demagogie“ sie sich in Acht zu nehmen haben. Mit so elenden Historien kann man höchstens hinterkommische und lassubische Bauern fangen, nicht aber im Klassenkampf erfahrene Proletarier. Das mögen sie sich hinter die Ohren schreiben, Herr de Grahl!

Die Berliner Antisemitbewegung hat unter anderen ehrenwerthen Helden auch einen der edelsten Helden der Feder, vulgo Preßbandit, wieder auf der Bildfläche erscheinen lassen. Wir meinen den „geistigen“ Nachfolger des jenseitigen Helden, Herrn Edward Krämer. Dieser Krämer hatte im Jahre 1872 mit dem Gelde des Gründers Seelig die „deutsche freie Zeitung“ gegründet. Als aber Seelig infolge hartnäckigen Aufschreibens der Abonnenten strifte, d. h. die Zuschüsse einstellte, da bekam Herr Krämer plötzlich den Augenknopf und wurde — Antisemit. Damals zog die Sache nicht recht, heute aber findet Herr Krämer endlich Gelegenheit, Rache für die erlittene Unbill zu nehmen.

Und da sage man noch, die Antisemitbewegung entbehre der sittlichen Berechtigung!

In dem pommerischen Städtchen Reustettin ist es, Dank der Judenhege, bereits zu recht arztigen Exzessen gekommen, ebenso in einigen umweit Reustettin gelegenen Dörfern. Die Wohnungen und Läden der jüdischen Einwohner sowie deren, welche jüdisch-klingende Namen führen, wurden mit Steinen bombardirt, sammtliche Fenster demolirt und dergleichen mehr.

Obwohl es schließlich kein Wunder wäre, wenn in Orten, wo die Sozialdemokratie noch keine Anhänger zählt, die Arbeiter auf den so ungeliebten arbeitersfreundlich sich gebenden Antisemitismus hinneigten, um so mehr, als die jüdischen Geschäftsleute ohnehin nicht sehr beliebt sind, so müssen wir doch dagegen protestiren, wenn in den liberalen Zeitungen die Thunstanten als Arbeiter bezeichnet werden, und ausdrücklich mit Rücksicht auf die Arbeiter von ausgeheitem „Pöbel“ gesprochen wird. Der Pöbel, ihr Herren, das sind nicht die Angelegten, sondern die Arbeiter, der Pöbel, das sind die Literaten, die Beamten, die aus Prodnoid und wider besseres Wissen hehen und schüren, nicht aber die Arbeiter, die lediglich ihrem Gebälbe folgen und im Juden den Betrüger und Ausbeuter, nicht aber den Konkurrenten hassen.

Volksparteiliches. In Mannheim sollte am 24. Juli der mit Hilfe unserer Genossen seiner Zeit gewählte Abgeordnete Kopper seinen Wählern Rechenschaft erlassen, kein Wunder, daß auch unsere Genossen sich zahlreich eingeladen hatten. Das wäre den Herrn von der Volkspartei schon ganz recht gewesen, denn als Staffage kann man die Sozialisten, die allezeit auf dem Platze sind, wohl brauchen. Aber so hatten unsere Genossen nicht gewettet, und als auf die Frage Dreesbach's, ob an dem Vortrag eine Diskussion sich anknüpfen werde, der Vorsitzende, ein Herr von Feder, die feige Antwort gab, „auf der Tagesordnung stehe nur der Rechenschaftsbericht und er habe keinen Auftrag, über diese Grenze hinauszugehen“, da zogen sie wie ein Mann hinaus und ließen Herrn Kopper allein vor seinem häuslichen Bekannungsgeossen Bericht erstatten. Der dortige Korresp. der „Frankf. Ztg.“ bemerkt dazu: „Das Verhalten des Vorsitzenden und des Komite's war durch die Gewissenhaftigkeit, daß die Versammlung sofort aufgelöst würde, wenn ein Sozialdemokrat zum Worte käme. Das konnten auch die Sozialdemokraten wissen. Das dramatische Szenen war also lediglich eine nutzlose Demonstration.“

Rein, werthe Herren, es war keine nutzlose Demonstration, denn Ihr konntet ohne Mißs die Debatte nach Kopper's Rede zulassen, aber Ihr wolltet nicht. Was hätte Euch denn die Auflösung geschadet, nachdem Kopper bereits gesprochen? War nichts; sie hätte nur wieder drastisch dem Volke gezeigt, wie rechtlos es heute ist. Und darauf hätten echte Demokraten es nicht nur ankommen lassen sollen, sondern sogar ankommen lassen müssen. Und besonders Herrn Kopper's Pflicht war es, für die Redefreiheit einzutreten, nicht nach den Schreien der Polizei zu machen. Das „dramatische Szenen“ hat aber den „Freisinn“ der Mannheim'schen Volksparteier im höchsten Maße gezeigt, und Ihr werdet doch nicht so schlecht von Euch denken, das nutzlos nennen zu wollen? Rein, das war sehr nützlich.

Erbaulich ist der Kampf der Westphälischen Kohlenbarone mit der preussischen Regierung. Sobald diese nämlich eine Kohlenlieferung für ihre Staatsbahnen anspricht, treten die Herren zusammen, verabreden ihre Preise und fordern nun so unerschämmt — der Staat kann's ja bezahlen — daß der Eisenbahndirektion die Haare zu Berge steigen. Der preussische Staat hat aber kein Geld übrig, und so sind die Kohlenbarone in letzter Zeit häufig abgebligt, die Eisenbahnerverwaltung konnte freihändig bester. Infolgedessen stützliche Entzückung ab solcher „unnobeln“ Praxis der Staatsbeamten und Schwerverde des Dortmunder Vereines für bergbauliche Interessen an den Minister.

Aber ach! Auch hier stehen die Herren gründlich rein. Herr Maybach schickte ihnen eine Antwort, die sie sich nicht hinter dem Spiegel stecken werden. Man sieht, wo es sich um den Staatsfidel handelt, schwärmt man in Preußen gar nicht sehr für die „Interessenvertretung“, die ist nur gut für den Bismarck'schen „Volkswirtschaftsrath“.

Aus Leipzig, Hamburg und Berlin werden neue Ausweisungen gemeldet. Namentlich in dem „anfänglichen“ Hamburg wird diese Bismarck'sche Prozedur mit wahrem Freuerreißer geübt, fast jeder Tag bringt da neue Ausweisungen, so daß es schier unmöglich ist, von allen Kenntniß zu nehmen. Die folgen Hamburger jüthen vor der Möglichkeit, die Wahlen könnten nicht so ausfallen, wie der große Bismarck es befohlen hat, daher diese unjames brutale Vorgehen gegen unsere Genossen. Nun, wir werden die Lehre nicht unbenutzt lassen, wir werden wissen, wie man mit den Herren zu sprechen hat.

Unter den jüngst aus Hamburg Ausgewiesenen befindet sich auch unser Genosse J. Kubors, Verfasser der Arbeiter-Marschälle und des Liedes „mit dem kumbalischen Reim“, wie Herr Treitschke das harmlose Petroleumlied partheiisch genannt hat.

Daß die Ausweisungen den gewöhnlichen Zweck, „Einschüchtern“, nicht erzielen, zeigten jüngst unsere braven Hamburger Freunde, die sich zu Tausenden einfanden, wie die gegnerischen Zeitungen berichten, um stumm ausgewiesene Genossen, die nach Amerika auswandern, zum Schiff zu geleiten. Auf dem Schiff und auf dem Lande wurde die Arbeiter-Marschälle gefungen und Reden gehalten, bis sich das Schiff unter Hurraheun und Lächerschwanken in Bewegung setzte.

Rein, lieber Bismarck, uns kriegst Du nicht klein!

Unser Brudergenan, die „Arbeiterstimme“, veröffentlicht den Refus, welchen das Komite der sozialdemokratischen Partei der Schweiz an das schweizerische Bundesgericht gegen das Verbot des Weltkongresses gerichtet hat. Wir bedauern, das sehr interessante Schriftstück wegen seines Umfangs hier nicht wiedergeben zu können, und begnügen uns daher, wenigstens einige Stellen aus demselben zur Kenntniß unserer Leser zu bringen.

Es heißt da unter Anderem:

„Wir brauchen uns also mit der rabulistischen Auslegung der Zürcher Verfassung durch den Regierungsrath, daß das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung, Vereinigung und Versammlung nur ein den Schweizerbürgern gewährtetes und kein allgemeines Menschenrecht für Jeden, der sich auf dem Boden des Kantons Jürich befindet, hier nicht weiter einzulassen und können uns mit dem Hinweis auf das im Refus an den Kantonsrath Gesagte begnügen. Wir wehren uns zunächst für unser Recht, auf unserm Boden mit unsern Vereingengenossen aus andern Ländern zusammenzukommen. Wir wehren uns für dieses unser verfassungsmäßige Recht als gute Patrioten und Republikaner, die wir stets auch unsere Pflichten gegen unser Vaterland und Gemeinwesen nachkommen sind und deshalb auch keine Verletzung unserer Rechte bilden. Und wir wehren uns endlich, weil wir bejürchten müssen, daß, wenn eine Regierung ungehindert einen Verfassungsbuch gegen uns begehrt, sie auch dazu kommen könnte, die Rechte anderer Mitbürger anzutasten. Es gilt, die Integrität und Unverletzlichkeit des Grundvertrages, der alle Bürger unseres Gemeinwesens als Gleichberechtigte umfaßt, zu wahren. Wird derselbe durch Polizeivollfür zerrissen, dann wird damit auch das Banner unserer Republik geschändet und das Palladium unserer bürgerlichen Solidarität gerührt in die größte Gefahr. Welchen Halt, fragen wir, hat unsere kleine Republik, zwischen den großen Militärscharen eingeklemmt, noch, wenn sie es gesehen läßt, daß die Rechtsgleichheit der Bürger und ihr verfassungsmäßiges Recht verletzt werde und wenn sie damit in einen Theil der Bürger das Bewußtsein drängt: Wir sind rechtlos?“

Wir, die wir unsere Hauptaufgabe darin erblicken, einen größtmöglichen Theil des Volkes über unsere Anschauungen aufzuklären und für dieselben zu gewinnen, wir denken wahrlich nicht gering von einer so großen Volkszahl, wie sie durch die Petenten repräsentirt wird, aber wir können unmöglich das Recht ab erblicken, wo es nicht ist und nie sein kann, bei Unterschriften, die unter Angabe von Unwahrheiten und unter Benützung der dionomisch bevorzugten Stellung gegenüber Abhängigen gesammelt, d. h. erschlichen und gepreßt wurden.

Allerdings wissen wir wohl, daß es auch gegenüber einer irreführten Zustimmung eines großen Volkstheiles, soweit eine solche wirklich vorhanden ist, im Interesse des öffentlichen Friedens geboten ist, Rücksichten zu nehmen, aber es darf dies nicht geschehen unter Hintansetzung so wichtiger verfassungsmäßiger Rechte, wie die hier in Frage kommenden. Auf solche Rechte verzichten, in dem Moment, wo sie in Frage gestellt werden, das hieße feige den echt republikanischen Kampf um's Recht aufgeben und auf seine Würde als republikanischer Bürger verzichten.

Wir wenden uns deshalb nicht an Sie, um es unter allen Umständen zu erzwingen, daß der Weltkongress in Jürich abgehalten werden muß, sondern um unser bürgerliches verfassungsmäßiges Recht zu wahren, wie es Republikanern ziemt.

Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß das Bundesgericht dem Refus zustimmen und das Verbot der zürcherischen Regierung als ungesetzlich erklären wird.

Frankreich. Die in unserer vorigen Nummer angekündigte Versammlung nahm einen recht befriedigenden Verlauf. Zustimmungsdressen waren eingegangen aus Italien, Rußland (Odessa), Schweiz, Spanien, Belgien, Portugal, aus allen größeren Städten Frankreichs, und auch die deutschen Sozialdemokraten waren durch zwei vom Landesauschüsse der deutschen Sozialisten in der Schweiz bestimmte Delegirte vertreten. Den Vorsitz führte B. Malon, sämtliche Reden, von denen die des Genossen Jules Guesde, die mit stürmlichem Beifall aufgenommen wurde, besonders hervorgehoben zu werden verdient, waren von echt internationalem Geiste befeelt.

Die Versammlung schloß zum Schluß bezüglich der Marceller Unruhen drei Resolutionen, in denen sie

1) Die Habgier der Unternehmerklasse einzig und allein für die Konflikte zwischen den Arbeitern verschiedener Nationalitäten verantwortlich macht, und als ihr einziges Motto den Bund aller Proletarier gegen alle Bourgeois erklärt;

2) Die Gemeinderäthe von Marseille speziell der Verletzung der Arbeiter gegeneinander beschuldigt;

3) Die Aufhebung des Fremdenengesetzes von 1848, das nur noch gegen fremde Arbeiter zum Schutz der Unternehmer angewendet wird, und die Aufhebung des Gesetzes von 1872 gegen die Internationalen Arbeiterorganisationen energisch fordert, sowie die Festsetzung eines Tarifes für Handarbeiter verlangt, um die unerhörten Lohnschwindereien durch Importirung von italienischen, spanischen u. Arbeitern zu verhindern, und die organisirten Arbeiter auffordert, mit allen Mitteln auf die Eringung politischer Macht bedacht zu sein.

Einen eingehenden Bericht, der uns leider etwas zu spät zugegangen ist, bringen wir in nächster Nummer.

In Großbritannien betrug die Zahl der Unfälle in den Kohlenbergwerken in der Periode von 1859—78, also innerhalb zwanzig Jahren 16,581. Bei denselben blühten 21,390 Menschen ihr Leben ein, also jährlich durchschnittlich mehr wie tausend!

Ueber die Zahl der „blut“ Beschädigten gibt die englische Statistik nur unvollkommene Auskunft. Wir können aber ahnen, welche Opfer das Kapital fordert, wenn wir hören, daß im Jahre 1878 von den 117,383 Mitgliedern von sechs Permanent Relief Societies (Knappschichtstoffen) nicht weniger als 30,721 bei Unfällen verlegt wurden! Der größte dieser Vereine, der von Northumberland und Durham, der 1862 gegründet wurde und 1878 79,000 Mitglieder zählte, hat in den sechs Jahren von 1873—78 nicht weniger als 52,000 in Folge von Unfällen für längere oder kürzere Zeit arbeitsunfähig gewordene Mitglieder zu unterstützen gehabt. Fast jeden Bergmann trifft also innerhalb sechs Jahren ein Unfall! Das ist keine Schmach mehr, in der die Arbeiter fallen, das ist schon ein Schrecken!

Der Bourgeois aber wehrt sich hartnäckig gegen Haftpflicht und Unfallversicherung — aus Furcht, die Arbeiter könnten dadurch vertrieben werden, sich freiwillig selbst zu versichern. So ein Bourgeois hält das Frankreich für das größte Glück auf Erden, größer als das, sich gesunder Glieder zu erfreuen.

In Irland scheint es diesmal wieder so zu gehen, wie es noch jedesmal gegangen ist: im Juli, sobald die ersten Kartoffeln reif werden, mindern sich die Gewaltthätigkeiten, um im August gänzlich aufzuhören. Der Irlander lebt eben nicht nur materiell, sondern auch politisch von der Hand in den Mund.

Lächerlich ist das Geschrei im „revolutionären“ Lager, die irischen „Jähner“ hätten Irland „verrathen“, weil sie nicht rechtzeitig loszögen. Wer die Geschichte Irlands kennt, weiß, daß das irische Volk sich an-

